

# Eine überraschende Wendung

Die Prämienverbilligung kommt. Aber nicht ganz so, wie das die beiden traktandierten Initiativen von VU und Johannes Kaiser vorsahen.

Oliver Beck

Dass der Landtag gewillt ist, die Krankenkassenprämienverbilligung auszuweiten, hat die September-Sitzung deutlich gezeigt. Gleich zwei Parlamentarische Initiativen wurden von der Volksvertretung damals befürwortet – die eine von der VU-Fraktion mit 24, die andere vom parteifreien Johannes Kaiser mit 13 Jastimmen. Die Zielsetzung beider Vorstösse war identisch. Nur der Kreis der Anspruchsberechtigten und die Erwerbsgrenzen unterschieden sich. So wären im Fall der VU-Initiative 9936 Personen anspruchsberechtigt gewesen, was bei einer Nutzungsquote von 54 Prozent gegenüber heute den Staat 6 Millionen Franken pro Jahr mehr kostet. Beim Modell von Johannes Kaiser wären durch die höher ange-setzte Erwerbsgrenze bei Alleinstehenden nochmals gut 1000 Personen mehr anspruchsberechtigt. Dies hätte im Fall einer 54-prozentigen Nutzungsquote den Staat jährlich über 11 Millionen mehr gekostet als derzeit.

Gestern wurden die beiden Initiativen vom Landtag in zweiter Lesung behandelt. Allerdings kamen diese als Reaktion auf die Debatte im Rahmen der ersten Lesung nun in modifizierter Form daher. Weil starre Erwerbsgrenzen zu Situationen führen können, in denen eine anspruchsberechtigte Person aufgrund eines nur minimal zu hohen Lohns



Johannes Kaiser (PF) zog seine Initiative zurück, Wendelin Lampert (FBP) brachte über Nacht eine Alternative ins Spiel und VU-Fraktionssprecher Günter Vogt zeigte sich sehr irritiert.



Bilder: Daniel Schwendener

bereits grosse Einbussen bei den Verbilligungsleistungen hinnehmen muss, beinhalteten jetzt beide Vorschläge ein Verstetigungsmodell. Dabei wird der Subventionssatz linear der Höhe des Erwerbs angepasst. Ausserdem sehen beide Initiativen vor, Personen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren künftig den übrigen Erwachsenen gleichzusetzen, indem für das Ausmass einer Prämienverbilligung nicht länger der Erwerb ihrer Eltern massgebend ist.

## Lampert beschert Pedrazzini Nachtschicht

Im Vorfeld der zweiten Lesung hatte alles darauf hingedeutet, dass das Parlament der VU-Variante letztlich der Vorzug gegeben würde. Immerhin hatte sich die FBP am 1. November in einer Medienmitteilung für die Initiative der VU ausgesprochen. Doch der gestrige Tag brachte dann eine ganz neue Dynamik mit sich. Im Laufe des

Vormittags lag plötzlich eine dritte Variante auf dem Tisch, eingereicht vom FBP-Abgeordneten Wendelin Lampert. Nach Erhalt zusätzlicher Informationen des Abgeordneten Johannes Kaiser am vergangenen Dienstag habe er festgestellt, dass bei der VU-Initiative im Vergleich zur Initiative Kaisers die höheren Erwerbsegmente wesentlich besser gestellt würden als die tiefen, erklärte er. Dabei verweise der Titel beider Initiativen darauf, dass man sich vor allem um tiefere Einkommen sorge. «In diesem Moment habe ich mich gefragt, wie man dieses Dilemma eliminieren könnte.» Also habe er das Gute der Initiative der VU – namentlich die Kosten – und das Gute der Initiative von Johannes Kaiser – namentlich die Subventionierung vor allem von Einzel- und Paarhaushalten mit tieferem Erwerb – genommen und versucht, zu einem «noch besseren Endprodukt» zu vereinen. Gesellschaftsmi-

nister Mauro Pedrazzini habe auf sein Ersuchen hin – unter Wahrung der Kostenneutralität gegenüber dem VU-Vorschlag – in einer Nachtschicht dann entsprechende Berechnungen an gestellt. Auf dieser Basis stellte Lampert schliesslich bei Traktandum 19, der Behandlung der VU-Initiative, einen Abänderungsantrag: Sowohl bei Einzelpersonen als auch bei Ehegatten sollen demnach die maximalen Subventionssätze von 60 auf 70 Prozent erhöht werden, die minimalen dagegen von 25 auf 15 Prozent gesenkt.

Die Reaktionen darauf waren zwiespalten. Johannes Kaiser sah seine grundsätzliche Intention, die Stützung der Menschen im unteren Erwerbsegment, in Lamperts Vorschlag ebenfalls abgebildet und entschied schliesslich, seine eigene Initiative, über die unter Traktandum 20 abgestimmt worden wäre, zurückzuziehen. Er wolle dadurch auch verhindern, dass am Ende alle drei Va-

rianten durch den Rost fallen würden, betonte der parteifreie Abgeordnete. «Ich möchte, dass im Bereich der Prämienverbilligung etwas passiert.»

## VU irritiert über jüngste Entwicklung

Die VU dagegen machte aus ihrer Verärgerung über Lamperts Vorgehen keinen Hehl. «Wir hätten im Vorfeld genügend Zeit gehabt, miteinander zu diskutieren. Darüber, dass jetzt der Vorschlag einer «Wendelin-Verstetigung» kommt, kann ich nur noch den Kopf schütteln», betonte Fraktionssprecher Günter Vogt. Die FBP, ergänzte er mit Verweis auf die Pressemitteilung vom 1. November, halte sich hier nicht an Vereinbarungen. «Positionsabstimmungen könnten sich vor diesem Hintergrund in Zukunft schwierig gestalten.» Aber auch in der Sache setzte Vogt ein Fragezeichen hinter Lamperts Vorschlag. Wie zuvor schon bezüglich Kaisers Variante verwies er darauf, dass besonders niedrige Einkommen bereits anderweitig Unterstützung erhielten. Im Endeffekt würden so vor allem andere Sozialsysteme entlastet. Ähnlich argumentierte Fraktionskollege Mario Wohlwend. «Wir zielen mit unserer Variante auf jenen Teil des Mittelstands, der durch den Rost fällt.» Manfred Kaufmann wiederum zeigte anhand mehrerer Fallbeispiele auf, dass der VU-Vorschlag bezüglich der Belastung der Staatskasse zwischen den Vorschlägen von Johannes Kaiser und von Wendelin Lam-

pert zu liegen kommt. Der «optimale Mittelweg» sei daher die Initiative der VU.

Dennoch verkündete Vogt im Anschluss an eine Unterbrechung, die sich die VU-Fraktion nach Kaisers Rückzug seiner Initiative erbeten hatte, dass man, obschon man den eigenen Vorschlag für besser halte, bei einer Schlussabstimmung gegebenenfalls für Lamperts Variante votieren werde – «im Sinne einer konstruktiven Lösung». Und so kam es letztlich auch. Nachdem Lamperts Abänderungsantrag – bei einem jeweils geschlossenen Nein des VU- und des DU-Lagers – mit 15 Jastimmen angenommen worden war, fiel das finale Votum mit 23 Jastimmen dann deutlich aus.

## Die künftige Prämienverbilligung

### Einzelpersonen

**Erwerb bis 26 000 Franken:** 70% der Prämie und 70% der Kostenbeteiligung  
**Erwerb über 26 000 Franken bis 65 000 Franken:** Subventionssätze sinken linear bis auf 15%  
**Erwerb über 65 000 Franken:** keine Subventionierung

### Ehegatten

**Erwerb bis 37 000 Franken:** 70% der Prämie und 70% der Kostenbeteiligung  
**Erwerb über 37 000 bis 77 000 Franken:** Subventionssätze sinken linear bis auf 15%  
**Erwerb über 77 000 Franken:** keine Subventionierung

## Standpunkt

# Prämien: Dank VU-Initiative wird Mittelstand entlastet

**Viele Menschen in Liechtenstein haben Schwierigkeiten, ihre Krankenkassenprämien und die Kostenbeteiligung zu bezahlen.** Einkommensschwache Einzelpersonen, darunter insbesondere Alleinerziehende, aber auch Familien des unteren Mittelstandes sowie viele Seniorinnen und Senioren leiden darunter, dass ein erheblicher Teil ihres monatlichen Haushaltsbudgets für die Gesundheitskosten aufgebraucht wird. Gestern hat nun der Landtag mit 23 Stimmen eine neue Ausgestaltung der Prämienverbilligung verabschiedet, welche diesen Einkommensschichten beim Bezahlen der Krankenkassenprämien gezielt hilft.

**Deutliche Entlastung dank VU-Vorstössen:** Das neue Modell beruht auf den monatelangen Arbeiten der VU-Fraktion, welche im Rahmen der Lancierung ihres Bürgerpakets im Juni 2018 eine Interpellation zur Prämienverbilligung eingereicht hatte. Auf der Basis der anfangs Mai 2019 veröffentlichten Interpellationsbeantwortung hatte die VU dann eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche

schliesslich das Grundgerüst für die gestern beschlossenen KVG-Abänderungen bildet.

Bis am vergangenen Mittwoch standen einerseits die VU-Initiative mit einer inzwischen eingebauten Verstetigung der Subventionssätze und andererseits die vom parteilosen Abgeordneten Johannes Kaiser eingebrachte Initiative zur Debatte, welche in die gleiche Stossrichtung zielte und inzwischen ebenfalls eine Verstetigung vorsah. Sowohl die VU-Fraktion als auch Kaiser hatten im Zuge der Eintretensdebatte vom 4. September zudem die gleiche Lösung zur Beseitigung der bisherigen Ungleichbehandlung in der Altersklasse 20 bis 24 Jahre eingebaut.

**Verlässlichkeit sieht anders aus:** Der FBP-Fraktion gingen die Mehrkosten der Initiative Kaiser zu weit und sie liess am 1. November in einer Presseausendung verlauten, dass sie der Initiative der VU den Vorrang gebe: «Diese Initiative nimmt die zentralen Anliegen der FBP-Fraktion auf, ist sozialpolitisch sinnvoll und finanzpolitisch vertretbar.» Nach diesem öffentlichen

Bekanntnis der FBP-Fraktion zum verstetigten VU-Modell kam dann gestern bei der Behandlung der beiden Initiativen die grosse Überraschung. Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert präsentierte sprichwörtlich über Nacht eine Art Kompromissmodell zwischen dem verstetigten Modell der VU und dem verstetigten Modell Kaiser. Dieses Modell wird nach den nächtlichen Berechnungen von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini die gleichen Mehrkosten generieren wie die VU-Initiative.

Nach der öffentlich dokumentierten Zusage der FBP, die VU-Initiative zu unterstützen, darf man sich als Koalitionspartner einmal mehr fragen, wie verlässlich die FBP ist. FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry konnte in der gestrigen Landtagsdebatte zwar den entsprechenden Unmut aufseiten der VU-Fraktion verstehen, nahm aber dennoch Abstand von der einige Tage zuvor gemachten Zusage und unterstützte nun zusammen mit seinen Fraktionskollegen neu die von Wendelin Lampert in die VU-

Initiative eingebaute Abänderung der Verstetigungskurve.

**Wendelin Lampert neuer FBP-Fraktionssprecher?** Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert ist in seinen eigenen Reihen dafür bekannt, immer wieder auszuscheren und die eigene Fraktion oft unliebsam zu überraschen. Seit gestern scheint Wendelin Lampert nun die Oberhand innerhalb der FBP-Fraktion gewonnen zu haben und genoss es sichtlich, dass alle FBP-Abgeordneten nach seiner Pfeife getanz und seinem Antrag auf Abänderung der VU-Verstetigungskurve geschlossen gefolgt sind. VU-Fraktionssprecher Günter Vogt konnte sein Unverständnis gegenüber der fehlenden Verlässlichkeit der Koalitionspartner nicht verbergen und gratulierte Wendelin Lampert zum neuen Posten des FBP-Fraktionssprechers. Offensichtlich war bei der FBP-Fraktion das parteipolitische Motiv, sich auf der Endstrecke auch noch eine Scheibe vom Erfolg abzuschneiden, grösser als die diesbezügliche Verlässlichkeit.

**VU hätte breite Mittelschicht mehr gefördert:** Aus der Sicht der VU-Fraktion hat

die gestern von ihr abgelehnte und von einer Mehrheit von 15 Stimmen beschlossene neue Verstetigungskurve den Nachteil, dass sie zwar die untersten Einkommensklassen ein wenig stärker subventioniert, im Gegenzug aber die breite Mittelschicht nicht im gleichen Umfang subventioniert, wie dies im VU-Verstetigungsmodell vorgesehen gewesen wäre. Die noch stärkere Subventionierung der sehr einkommensschwachen Haushalte, die wirtschaftliche Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen erhalten, bringt den Betroffenen praktisch nichts, da dabei nur die andere Sozialleistung entlastet wird. Deshalb hätte die VU mit ihrer Verstetigungskurve lieber die Haushalte über der Einkommensgrenze für Sozialhilfe mehr unterstützt.

**Klare Sieger sind die betroffenen Menschen:** Ausser den beiden DU-Abgeordneten, für die «keine Not» zur Entlastung des Mittelstandes besteht, stimmten bei der Schlussabstimmung alle Abgeordneten der abgeänderten VU-Initiative zu, nachdem Johannes Kaiser seine Initiative zugunsten des von Lampert

vorgeschlagenen Modells zurückgenommen hatte. Die VU-Fraktion stellte mit ihrer einhelligen Zustimmung in der Schlussabstimmung klar unter Beweis, dass es ihr nicht um die Frage ging, wer die gezielten Massnahmen zur Entlastung des Mittelstandes erfunden hat, sondern um die betroffenen Menschen, die künftig davon profitieren können. So können ab Oktober 2020 rund 3000 Menschen mehr als bisher auf Basis ihrer Steuerveranlagung für das Jahr 2019 Anspruch auf Prämienverbilligung stellen und bis maximal 2940 Franken pro Jahr einsparen.



Günther Fritz  
VU-Parteipräsident

In der Rubrik «Standpunkt» äussern sich Mitglieder des Präsidiums oder der Fraktion der Vaterländischen Union.